Der Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Rechtsplan, die Begründung und den Umweltbericht einschließlich der Fachgutachten zur Kenntnis und beauftragt die Bürgermeisterin, die einmonatige Offenlage nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch durchzuführen, um der Öffentlichkeit, den Behörden, den sonstigen Trägern öffentlicher Belange und den Nachbarkommunen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Angaben zur Einstufung als Ackerflächen auf der Seite 18 der Eingriffsbilanzierung ist zu überprüfen.